

Es gilt das gesprochene Wort



**Verleihung  
des Lew Kopelew Preises für Frieden und Menschenrechte  
an Professor Hans Küng**

**Laudatio von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey**  
Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige  
Angelegenheiten

Köln, 3. Dezember 2006

Sehr verehrter, lieber Herr Professor Küng,  
sehr geehrter Herr Intendant Pleitgen,  
sehr geehrter Herr Vorstandsvorsitzender Würst,  
sehr geehrter Herr Krämer,  
meine sehr verehrten Damen und Herren

In Zürich, Paris, Köln oder Berlin sitzen Frauen mit Kopftüchern hinter Supermarkt-Kassen. Und wir streiten über die Frage: Ist das Tragen eines Kopftuches ein Menschenrecht – oder ein Zeichen von Unterdrückung?

Selbstmordattentäter reissen Unschuldige in den Tod und Zivilisten sterben im Bombenhagel hochgerüsteter Armeen. Machthungrige Herrscher missbrauchen Kinder als Soldaten und marodierende Truppen vergewaltigen Frauen in Konfliktgebieten. Und wir fragen uns: Wie steht es mit dem Weltethos?

Wer ist verantwortlich, wenn Millionen Menschen Hunger leiden und Zehntausende täglich sterben? Wenn elementarste menschliche Bedürfnisse auf der Strecke bleiben und Ungerechtigkeit herrscht? Fehlt es den Menschen an gemeinsamen Werten?

Meine Damen und Herren,

wenn wir diese Fragen beantworten wollen, kommen wir nicht an Hans Küng vorbei! So ist es mir eine grosse Ehre, heute als Aussenministerin eines Landes, das schon immer auf das Vermittelnde und nicht auf das Trennende zwischen den Menschen gesetzt hat, als Frau, als fühlender und denkender Mensch mit Ihnen, mit Hans Küng, in Gedenken an den 1997 verstorbenen Lew Kopelew und mit allen Menschen, die „guten Willens“ sind, wieder einmal an dasjenige zu denken, was die Menschen eint, und nicht – wie so oft – an dasjenige, was sie trennt.

Es erstaunt nicht, dass derjenige, der die Idee und das Konzept des Weltethos geprägt hat, dass Hans Küng Schweizer ist. Hans Küng kommt aus einem Land, das sich schon sehr früh seine Freiheit und Unabhängigkeit erkämpft hat; einem Land, in dem man sich gewohnt ist, an der öffentlichen Debatte teilzunehmen. Hans Küng kommt aus einem Land mit einer grossen kulturellen Vielfalt, in dem man stets - weil der Zusammenhalt des Gemeinwesens davon abhängt - ein feines Gespür haben

muss für die Sensibilitäten und die Anliegen der Mitmenschen anderer Sprache, Kultur und Religion. Und schliesslich: Hans Küng kommt aus einem Land, mit mächtigen Bergen, die in den Himmel ragen und die Menschen prägen. Eine solche Landschaft zu erfassen, ist uns Schweizern seit jeher ein besonderes Anliegen. Wir verfügen über ein einzigartiges Kartenwerk. Gipfel und Täler sind genau bemessen und vermessen. Klippen haben ihre Koordinaten. Vielleicht ist es diese Eigenart, die Hans Küng zum Kartographen des Ethos im transnationalen Raum werden liess.

Und so ist es denn kein Zufall, dass gerade Hans Küng sein Leben lang versucht hat, Antworten zu finden auf die grosse Frage unserer Gegenwart, die wohl immer noch lautet: Wie können wir es anstellen, dass die Menschen in Friede, Freiheit und Würde miteinander zusammenleben? Zur Lösung dieser Frage braucht es Ideale, Erkenntnisse und Ideen, an denen wir uns orientieren können. Und es braucht Menschen, die immer wieder für diese Ideale eintreten, sie verteidigen und sie auch in schwierigen Zeiten hochhalten.

Wir können uns die Geschichte der denkerischen Ansteckung in Sachen Freiheit und Gerechtigkeit vor Augen führen - von Rousseau über Kant und Schiller bis hin etwa zu Karl Barth, Albert Schweizer, Karl Jaspers oder Hannah Arendt. Sie alle standen ein für den Dialog unter den Menschen, für die Suche nach gemeinsamen, gerechten und verbindlichen Werten und für die Einheit der Menschennatur trotz den Unterschieden zwischen den einzelnen Kulturen und Religionen. Und in diese philosophisch-ideelle Genealogie reiht sich ganz gewiss auch Hans Küng ein, mit seinem Einsatz für den Frieden unter den Religionen und für ein gemeinsames Weltethos. Denn auch im 21. Jahrhundert ist die Idee, dass es ein gemeinsames Ethos gibt, das alle Menschen unbesehen von Rasse, Herkunft, sozialem Status, Geschlecht, religiöser oder politischer Zugehörigkeit teilen können, weder gesichert, noch selbstverständlich und schon gar kein kultureller Gemeinplatz.

Gewiss, wir können uns auf die goldene Regel beziehen: *Was Du nicht willst, dass man dir tu / das füg' auch keinem andern zu.* Alle Kulturen und Religionen kennen diese Grundidee einer Regel, nach der wir Gerechtigkeit und Moral definieren. Und wir können mit Hannah Arendt formulieren, dass meine Freiheit an der Grenze zur Freiheit des mir Nächsten endet. Damit haben wir zwar schöne Sätze, aber ganz genau wissen wir doch nicht, wo denn meine „Freiheit“ beginnt und wo sie endet.

Insofern ist jeder Wert - selbst jener, den alle Menschen teilen - auf das Gespräch angewiesen.

Wenn wir nun die Entwicklung der internationalen Beziehungen betrachten, dann sehen wir, dass gewisse Elemente des „Gemeinsamen“ und damit des Weltethos', durchaus das Denken und Handeln der Verantwortlichen beeinflussen. Der Gründer des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Henry Dunant, verstand es, angesichts der humanitären Katastrophe, die sich in Solferino Mitte des 19. Jahrhunderts abspielte, die Maximen elementarer Menschlichkeit in praktischen Humanismus umzusetzen. Darin ist er uns Vorbild. Denn für den politisch denkenden und handelnden Menschen stellt sich immer die Frage, wie er reagieren kann und soll auf das, was er in der Welt vorfindet. Und gerade darauf verpflichtet uns Hans Küng. Denn er versteht es immer wieder, Idee und Engagement zu verbinden, den Bogen zu schlagen zwischen der Erkenntnis und einer ihr entsprechenden möglichen Antwort.

Ob Darfur, Naher Osten oder Norduganda, nirgends wird deutlicher, welche praktische Bedeutung Hans Küngs Denken hat, als im humanitären Völkerrecht, das in den Genfer Konventionen und deren Zusatzprotokollen festgeschrieben ist. Leider haben die Realitäten der neuen Kriege einzelne bewogen, diese Normen in Frage zu stellen. 2005 veröffentlichte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz eine Studie zum Gewohnheitsrecht, die ein solides und interkulturell abgestütztes Fundament für die Gemeinsamkeiten des globalen humanitären Denkens nachwies. Und dennoch bestreiten einige die entsprechende Anwendung im Krieg und im Kampf gegen den Terrorismus: Die Frage lautet: Gibt es im Kampf gegen das radikal Böse Schranken oder nicht? Darf man im Kampf gegen diejenigen, die unsere Werte angreifen, eben diese Werte selbst beiseite schieben? Der Blick auf die zahlreichen Krisenherde zeigt uns täglich: Wenn Politik das Normenfundament hinterfragt oder durch Nichtanwendung untergräbt, wenn das zivilisatorische Minimum zerbricht, dann implodieren Legalität und Legitimität: Recht wird nur noch als ungerecht erlebt, nur noch als Doppelstandard, nur noch als Zynismus.

Die Bedeutung solider faktischer und rechtlicher Grundlagen für politische Entscheidungsprozesse ist offensichtlich: Es macht sich zum falschen Vertreter der

Politik, wer Macht und Gewalt vor Recht und Gerechtigkeit stellt. Ausgangspunkt des Rechtes ist die Anerkennung des Anders, die Akzeptanz der Pluralität. Frieden und Freiheit sind nur dort möglich, wo Betroffene gemeinsame Regeln respektieren. Recht ist partizipativ, es muss von allen geteilt werden können - und eben dadurch unterscheidet es sich von Gewalt.

Aber auch auf der Grundlage des Rechts führt der Austausch über unterschiedliche Werte nicht automatisch zu Verständnis. Ganz im Gegenteil kann dieser Austausch Gräben vertiefen, wenn er sich darauf beschränkt, die Unterschiedlichkeit der Positionen und Weltanschauungen zu bekräftigen, statt die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.

Genau das zu tun – das Gemeinsame zu fördern - muss aber unser Anspruch sein. Wir wissen es – und Hans Küng hat es uns immer wieder vor Augen geführt: Es gibt gemeinsame Werte, auf deren Grundlage sich Menschen und Nationen treffen und gemeinsame Erfahrungswelten schaffen können, um gemeinsam voranzuschreiten bei allem Respekt für die Unterschiede im persönlichen und religiösen Empfinden oder in der gesellschaftlichen Organisation. Das aber sind Werte, die wir uns stets aufs Neue erstreiten müssen. Denn Werte wachsen nicht auf Bäumen. Sie wachsen im historischen Prozess, sie entstehen im Diskurs, im Denken, in der politischen Praxis und im klugen Umgang mit Differenz. Wir müssen die Werte diskutieren, prüfen, pflegen, weitergeben und wenn nötig auch: verteidigen und für sie eintreten. Und wer genauer hinschaut, wird sehen: Es gibt in diesem Sinne auch keine überlegenen „westlichen“ Werte, die nicht zugleich auch allgemein menschliche Werte sind: Die Einheit der Menschennatur und die Bedürftigkeit des Menschen nach Leit- und Orientierungswerten, die seine Würde schützen, ist universal. In diesem Sinne brauchen die Gesellschaften Asiens und Afrikas auch nicht die geschichtliche Entwicklung des Westens nachzuvollziehen, um die universelle Natur dieser Werte zu entdecken. Die Werte sind universal, aber sie sind nicht absolut. Sie sind ein Ideal, nach dem die Gesellschaften und die einzelnen Menschen – je auf ihre eigene Weise – streben. Die universalen Werte setzen einen Massstab für das eigene Leben und Handeln. Sie sind aber keine starren Vorschriften, die eine eigenständige Interpretation und Ausgestaltung verbieten oder verunmöglichen würden.

Wenn es also um das Kopftuch der Kassiererin geht, sollten wir alle die Zeichen und Formen dieser Werte und die religiösen Regeln und Dogmen, in denen Menschen ihre Würde begründet oder geschützt sehen, nicht allzu eng begreifen. Ich erinnere mich noch ganz genau, wie selbstverständlich es für meine katholische Grossmutter war, immer ein Kopftuch zu tragen. Es ist wichtig, dass wir diesen Werten und Regeln nicht aus einer vorgefassten Meinung heraus nur eine einzige Bedeutung, eine einzige, sozusagen dogmatische Auslegung zuordnen. Solche Zeichen haben nicht immer nur die eine und einzige Bedeutung. Das ist in allen Religionen so. Die Bedeutung dieser Zeichen, Praktiken und Regeln kann variieren - von einer Person zur andern, von einer Gemeinschaft zur andern, von einer Generation zur andern. Es liegt nicht an den Politikern, über diese Zeichen zu urteilen. Die universellen Werte offenbaren sich in einer Vielzahl von kulturellen Traditionen und Empfindungen. Und der Respekt vor der persönlichen Freiheit – ein universeller Wert von zentraler Bedeutung – gebietet es, diese Ausdruckformen nicht zu unterdrücken.

Und wenn wir die Frage beantworten wollen, wie dem Unglück beizukommen ist, das den Menschen weltweit widerfährt, dann können wir festhalten: Der einzelne Mensch als zentraler Träger universeller Werte ist in den letzten Jahren in den internationalen Beziehungen immer wichtiger geworden. Das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ hat sich als tragfähige Grundlage erwiesen für die Anstrengungen, die die internationale Staatengemeinschaft unternimmt, um die Menschen – dem Auftrag der UNO-Charta folgend – von Angst und Not zu befreien. Die menschliche Sicherheit gründet in der Einsicht, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit unerlässliche Voraussetzungen für Frieden und Wohlfahrt sind. Die Politik der menschlichen Sicherheit antwortet auf den Wandel von vorwiegend traditionellen Kriegen zwischen Staaten mit regulären Armeen hin zu viel komplexeren Konflikten mit neuen Akteuren und Waffen, die den Menschen noch mehr und noch verheerender treffen. Und während traditionelle Sicherheitskonzepte primär Staaten, deren Grenzen und Institutionen schützen wollen, stellt die Politik der menschlichen Sicherheit eben den Schutz des Individuums ins Zentrum. Auf den Schlachtfeldern des 21. Jahrhunderts verwischen sich die Fronten: Staaten und nichtstaatliche bewaffnete Akteure überlagern sich, Banden, Terroristen und Kriminelle übernehmen das Zepter, Kombattanten und Zivilisten wechseln die Rollen und die Waffenarsenale wachsen exponentiell, wo alte und modernste Technologien aufeinander treffen. Der neue

Krieg findet mit Messern und Kleinwaffen in den Slums der Metropolen, mit neuesten Technologien in den Weiten Afrikas, in hoch verminten Landstrichen, mit Passagierflugzeugen gegen Wolkenkratzer und mit Bomben in den U-Bahnen und Busstationen der globalen Machtzentren statt.

Die Politik der „menschlichen Sicherheit“ sucht hier elementare Menschlichkeit zu schützen und zu retten. Sie will, der humanitären Tradition verpflichtet, Staaten und nicht-staatliche bewaffnete Akteure dazu anhalten, elementare Regeln zu respektieren. Und sie versucht, den Kriegen die ökonomischen Anreize zu entziehen. Die internationale Staatengemeinschaft hat auf diesem Weg Fortschritte gemacht; und wir haben konkrete Resultate erzielen können.

Dies scheint mir auch das Modell der Zukunft zu sein: Nicht in sich geschlossene Identitäten in Abgrenzung zum Anderen, sondern Identität mit Weltoffenheit, interkulturelle Kompetenz und Akzeptanz der Pluralität unter den Menschen, Erkenntnis der Ähnlichkeit des Andern und Respekt für die Verschiedenheit. Mehr noch: Wir brauchen Allianzen, die auf gemeinsamen Interessen und Werten basieren, aber auch Differenz ermöglichen und Flexibilität erlauben. Die jüngere Erfahrung lehrt uns: Der internationale Strafgerichtshof, der Menschenrechtsrat, die Anti-Personenminenkonvention: sie wurden alle von Koalitionen von Staaten geschaffen, zu denen führende Länder aus allen Weltgegenden gehörten. Diese Staaten überschritten religiöse und kulturelle Grenzen, um die Vorstellungen über gemeinsame Grundnormen menschlichen Zusammenlebens in Erinnerung zu rufen.

Es gibt noch viel zu tun: Dort, wo die einzelnen Staaten und ihre Institutionen offensichtlich nicht mehr in der Lage sind, die Bevölkerungen unter ihrer Verantwortung zu schützen, muss die internationale Gemeinschaft tätig werden, und zwar kraft des im letzten Jahr von der UNO verabschiedeten Prinzips der „*responsibility to protect*“. Denn wir wissen: Die Ungerechtigkeiten und Demütigungen, die Massaker, die Gewalt und die Folterungen der Gegenwart sind auch die politischen Stolpersteine der Zukunft. Menschenrechtsverletzungen, Selbstmordattentate und Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden uns wohl noch Jahrzehnte beschäftigen. Die beste Waffe dagegen ist der gemeinsame Einsatz

für eine kosmopolitische Ethik, welche die universalen Interessen stärkt und die Menschen einigt, die „guten Willens sind“.

Meine Damen und Herren,

Hans Küng steht im Zentrum dieser Entwicklungen. Er hat uns gezeigt, dass man das internationale Wertegefüge, das unter westlicher Federführung kodifiziert worden ist, der Staatengemeinschaft nicht einfach aufzwingen darf. Er hat uns gezeigt, dass es im Gegenteil darum geht, in allen Kulturen das genuin Universelle zu erkennen. Mit seinem wissenschaftlichen Werk und seinen couragierten öffentlichen Interventionen hat Hans Küng wesentlich dazu beigetragen, dem so hoffnungsvollen Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen hin zum Gemeinsamen den Weg zu bereiten. Das war freilich nicht die Tat eines Augenblicks. Sondern vielmehr die Frucht einer jahrzehntelangen, stetigen und hartnäckigen Auseinandersetzung mit den zentralen Fragen unserer Zeit. Wie kaum ein anderer steht Hans Küng deshalb auch symbolisch dafür, wie Philosophie und Politik zueinander finden können, wie Denker die Politik befruchten, um dann wiederum von dieser in ihrer Arbeit beeinflusst zu werden. Hans Küng ist ein Inbegriff des Intellektuellen, der sich in die öffentliche Sache einmischt und diese konkret zu formen sucht, weil das Gemeinwesen letztlich die Sache des verantwortlichen Einzelnen ist. Im Kleinräumigen, auf lokaler und nationaler Stufe, erscheint uns das allen noch als machbar. Hans Küng zeigt uns aber, wie sich jeder und jede Einzelne auch auf internationaler, ja globaler Ebene wirkungsvoll einbringen kann. Er ist darin ein Prototyp des verantwortlichen Weltbürgers.

Zu Ehren von Hans Küng möchte ich zum Schluss einen Gelehrten hervorheben, der mit der Stadt Köln ebenfalls besonders verbunden ist. Ich spreche vom Franziskaner Johannes Duns Scotus, dem grossen Theologen und Scholastiker, der 1308 gestorben ist und einige Schritte von hier, in der Minoritenkirche, begraben liegt. Dieser „doctor subtilis“, wie er genannt wird, hatte – wenn ich das so sagen darf – in seiner Zeit auch gewisse Probleme mit der kirchlichen Hierarchie. Aber er hat uns das philosophische und theologische Instrumentarium hinterlassen, um die Pluralität der Weltanschauungen trotz der Einheit der kirchlichen Doktrin zu sehen und zu begreifen. Seine ganz vom Friedenswunsch, von der Liebe und dem Respekt für den



Nächsten durchdrungene franziskanische Spiritualität lehrt uns zu unterscheiden zwischen dem, was uns gehört und dem, was wir benutzen dürfen; sie lehrt uns ebenso zu unterscheiden zwischen dem, was dem Menschen möglich erscheint, und dem, was nur Gott als möglich erkennt.

Unablässig und standhaft für jenes Gute einzutreten, das in unserer Möglichkeit liegt, ist letztlich die Botschaft Hans Küngs. Sie sei uns allen, Bürgerinnen und Bürgern, Politikerinnen und Politikern, Beispiel, Auftrag und Inspiration.